

Modernes Verwaltungszentrum gescheitert

Seit etlichen Jahren besteht die Idee, die Verwaltung des Marktes Feucht wieder an einer Stelle zusammenzuführen, um die Kundentreue für die Bürgerinnen und Bürger weiter zu verbessern und die Effizienz der Gemeindeverwaltung noch zu steigern. Daneben sind die Aufgaben der Verwaltung in den letzten Jahren gewachsen und mit ihnen auch die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch bei den Feuchter Gemeindewerken in unmittelbarer Nachbarschaft zum Rathaus hat sich durch die Ausweitung der Aktivitäten und die Übernahme der Betriebsführung der Gemeindewerke Schwarzenbruck die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht. Zudem sind weder das Pfinzingschloss als Sitz des Bauamtes und der Finanzverwaltung noch die Feuchter Gemeindewerke behindertengerecht erreichbar.

Daher hat der Marktgemeinderat in den vergangenen Jahren die zwei Grundstücke zwischen Rathaus und dem Haus der Gemeindewerke deswegen erworben, um dort ein zusammenhängendes zentrales Verwaltungszentrum mit kurzen Wegen zu errichten, das selbstverständlich behindertengerecht erreichbar sein soll. Im Sommer 2013 fasste der Marktgemeinderat mehrheitlich einen entsprechenden Beschluss. Für die endgültige Entscheidung wurde vom Bauamt eine exakte Machbarkeitsstudie ausgearbeitet und ein grober Kostenrahmen in Höhe von ca. 4,5 Mio. € ermittelt. In der Sitzung des Marktgemeinderates am 29. Oktober 2015 wurde beides vorgestellt und von den Sitzungsteilnehmern sehr konträr diskutiert. Für die CSU-Fraktion und Ersten Bürgermeister Konrad Rupprecht waren trotz der nicht unerheblichen Kosten die vielen Vorteile für die Zukunft des Marktes Feucht und seiner Bürgerinnen und Bürgern ausschlaggebend. Die Gegner eines zentralen Verwaltungsstandortes argumentierten mit den Kosten und mit dem erst



vor wenigen Jahren stattgefundenen Umzug von Teilen der Verwaltung in das Pfinzingschloss. Die CSU sieht hier eine vertane Chance, den Innenort von Feucht noch weiter zu verbessern, denn die vorhandene Baulücke neben dem Rathaus ist sicher auf Dauer auch kein schöner Anblick. Außerdem wollte die CSU den Beschäftigten von Marktgemeinde und Gemeindewerken ausreichende und moderne Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, um den Erwartungen des Marktgemeinderates an Qualität und Quantität der Arbeit gerecht zu werden.